ASIEN 29.09.2026 | Christoph Heuser

Freeze

Nordkoreas Atomwaffen sind Realität. Südkorea setzt deshalb auf einen neuen Kurs: Erst einfrieren, dann abrüsten. Doch der Realismus birgt Risiken.

Freeze – reduction – denuclearization, also Einfrieren, Reduzieren, Denuklearisieren: Mit diesem Dreischritt will die südkoreanische Regierung unter Lee Jae-myung Bewegung in die Friedensbemühungen auf der koreanischen Halbinsel bringen. Statt Nordkorea zu verpflichten, das Atomwaffenarsenal direkt abzubauen, sollte es zunächst einen Entwicklungsstopp geben, gefolgt von einer Reduzierung und zuletzt von einer vollständigen Denuklearisierung.

Präsident Lee hatte die Verbindung von *Freeze* und Sanktionslockerungen bereits 2025 ins Spiel gebracht. Im Umfeld der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) hat er diese Logik nun zugespitzt: Sanktionserleichterungen als konkrete Gegenleistung für einen Stopp der weiteren Entwicklung von Nuklearwaffen und Interkontinentalraketen.

Lee Jae-myungs Vorstoß ist die Anerkennung einer unbequemen Realität: Nordkorea besitzt Atomwaffen, und die bisherige Strategie hat ihren Auf- und Ausbau nicht verhindert. Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, von dieser Realität auszugehen und überhaupt wieder einen politischen Prozess zu eröffnen. Dabei darf Realismus jedoch nicht mit Akzeptanz verwechselt werden. Ein *Freeze* kann ein notwendiger erster Schritt sein, solange aus der Anerkennung des Status quo nicht seine dauerhafte Legitimation wird. Die Realität zu erkennen, ist notwendig – jedoch ohne vor ihr zu kapitulieren. Genau darin liegt die Chance, aber auch das Risiko des südkoreanischen Vorstoßes.

Trotz des Waffenstillstands von 1953 sind Nord- und Südkorea seit über 70 Jahren noch immer im Kriegszustand. Zuletzt brachten die Gipfeltreffen in Donald Trumps erster Amtszeit Bewegung auf die koreanische Halbinsel. Die Initiative scheiterte letztlich in Hanoi an der Frage des Atomprogramms: Welche Zugeständnisse Nordkoreas für welche Sanktionslockerungen? Trump brach den Gipfel noch vor dem Mittagessen ab: „No Deal." Ein erheblicher Gesichtsverlust für Kim Jong

Un. In den Folgejahren vollzog Pjöngjang eine strategische Kehrtwende.

Seitdem hat sich die Lage verändert. Nordkorea hat sein Atomwaffenprogramm sukzessive ausgebaut und verfügt über schätzungsweise 60 nukleare Sprengköpfe. Hinzu kommen spaltbares Material für deutlich mehr Sprengköpfe und Interkontinentalraketen, die das Festland der USA treffen können. Das Ziel der Wiedervereinigung als Staatsdoktrin wurde inzwischen aufgegeben und Südkorea zum feindlichen Staat erklärt. Die Atomwaffen sind zur Lebensversicherung des Regimes geworden, der eigene Nuklearstatus wird als irreversibel bezeichnet.

Nordkorea befindet sich heute in einer deutlich stärkeren Position als noch 2019. Vor allem die Beziehungen zu Russland verschaffen Pjöngjang strategische Tiefe: Waffenlieferungen und der Einsatz nordkoreanischer Soldaten im Angriffskrieg gegen die Ukraine bringen Devisen, militärische Erfahrung, technologischen Fortschritt bei den eigenen Waffensystemen und politische Rückendeckung. Neben seiner komplizierten Beziehung zu China verfügt Nordkorea damit über einen zweiten Partner. Gleichzeitig sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und China gewachsen, mit spürbaren wirtschaftlichen Vorteilen für Nordkorea.

Die Vorstellung, internationaler wirtschaftlicher Druck könnte Nordkorea irgendwann zur Aufgabe seines Atomwaffenprogramms zwingen, ist naiv.

In einem Interview mit der *New York Times* stellte ausgerechnet der südkoreanische Präsident die jahrzehntelange Sanktionsdoktrin infrage. Damit trifft er einen wunden Punkt. Auch wenn das UN-Sanktionsregime formal fortbesteht, ist seine praktische Durchsetzung erheblich geschwächt. Russland beendete 2024 mit seinem Veto das Mandat des UN-Expertengremiums zur Sanktionsüberwachung. China enthielt sich. Ein neuer Monitoring-Mechanismus unter anderem mit deutscher Beteiligung versucht seitdem, diese Lücke zu schließen. Dieser dokumentiert eine umfangreiche militärische und wirtschaftliche Kooperation zwischen Russland und Nordkorea unter Verletzung bestehender UN-Resolutionen. Hinzu kommen Einnahmen durch Cyberkriminalität: Allein 2024 und in den ersten neun Monaten 2025 sollen so fast drei Milliarden US-Dollar erbeutet worden sein.

Dennoch sind Sanktionen nicht völlig wirkungslos. Gerade amerikanische Finanz- oder Sekundärsanktionen verursachen für Nordkorea erhebliche Kosten. Eine Lockerung bietet also durchaus einen Anreiz. Aber die Vorstellung, internationaler wirtschaftlicher Druck könnte Nordkorea irgendwann schlicht zur Aufgabe seines Atomwaffenprogramms zwingen, ist naiv.

Während Lee Jae-myung also den nötigen Realismus zeigt, bleibt die Kernfrage bestehen: Warum sollte Nordkorea im Austausch für begrenzte Sanktionslockerungen etwas einfrieren, das strategisch gesehen das Wertvollste ist, was dem Regime zur Verfügung steht?

Tatsächlich wäre schon ein Einfrieren des weiteren Ausbaus des Atomwaffenarsenals ein Erfolg. Denn ein Nordkorea, das jedes Jahr zusätzliche Sprengköpfe und Trägersysteme produziert, wird zu einer größeren Bedrohung. Diesen Prozess stoppen zu wollen, ist richtig. Es stellt sich jedoch die Frage, wie das erreicht werden kann und mit welchen Folgen.

Im Januar 2003 erklärte Nordkorea seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT), der seit 1970 das Fundament des internationalen Nichtverbreitungsregimes ist. Im Oktober 2006 führte Nordkorea seinen ersten Nuklearwaffentest durch. Die Anerkennung der Realität eines nuklear bewaffneten Nordkoreas ist also eine strategische Notwendigkeit. Doch was passiert, wenn man dies öffentlich und de facto akzeptiert? Was passiert mit der Haltung zu Atomwaffen in der unmittelbaren Nachbarschaft?

In Südkorea sind dies längst keine theoretischen Fragen mehr. Schon jetzt spricht sich eine klare Mehrheit grundsätzlich für eine eigene südkoreanische Nuklearwaffenfähigkeit aus. Zwar sinkt diese Zustimmung deutlich, sobald konkrete Kosten und Konsequenzen genannt werden, aber selbst dann bleiben die Zustimmungswerte hoch. Auch in Japan gibt es Bewegung bei den Nuklearprinzipien – wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau –, wohl auch befeuert durch die unter Trump gewachsene Unsicherheit hinsichtlich der Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien. Das Problem ist nicht allein die Gefahr einer Kettenreaktion nuklearerAufrüstung, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen einer De-facto-Anerkennung Nordkoreas als Nuklearwaffenstaat in einer komplexen geopolitischen Lage. Diese müssen auch über die Region hinaus bedacht werden.

Wie lässt sich mit einem

Und darin liegt das eigentliche Dilemma: Wie lässt sich mit einem de facto nuklear

nuklear bewaffneten Nordkorea umgehen, ohne dessen Nuklearstatus als Normalzustand anzuerkennen?

bewaffneten Nordkorea umgehen, ohne dessen Nuklearstatus als Normalzustand anzuerkennen? Ein *Freeze* wäre keine formelle Anerkennung. Politisch könnte er jedoch wie eine wirken – eine Möglichkeit, die von Anfang an mitgedacht werden muss.

Zudem gibt es praktische Schwierigkeiten. Seit 2009 befinden sich keine Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation mehr in Nordkorea. Ein belastbares Abkommen würde verlangen, dass Nordkorea Anlagen deklariert, Überwachung zulässt und internationalen Inspektoren zumindest begrenzten Zugang zum Allerheiligsten des Regimes gewährt. Der *Freeze* ist also kein einfacher Einstieg. Selbst erste Schritte würden komplexe Verhandlungen voraussetzen. Spätestens nach den jüngsten Entwicklungen im Iran dürfte Nordkorea wenig Interesse an der Offenlegung sensibler Nuklearanlagen haben.

Hinzu kommt die starke Volatilität der südkoreanischen Politik gegenüber Nordkorea. Progressive Regierungen setzen stärker auf Dialog und Annäherung, konservative Regierungen auf Abschreckung, Bündnispolitik und zuletzt auf maximalen Druck. Vereinbarungen, die eine Regierung trifft, können von der nächsten innerhalb weniger Jahre wieder infrage gestellt werden. Ein Prozess, der wesentlich auf Lee Jae-myung und Donald Trump basiert, wäre deshalb strukturell fragil. Was passiert beim nächsten Regierungswechsel in Seoul oder Washington? Es müssten also Mechanismen geschaffen werden, die auch bei politischen Wechseln Bestand haben.

Das bedeutet nicht, dass die Initiativen Südkoreas einfach abgetan werden sollten. Im Gegenteil. Mit der Regierung von Lee Jae-myung und auch der derzeitigen US-Regierung tut sich trotz aller Unwägbarkeiten ein Möglichkeitsfenster auf. Zumindest Gesprächskanäle könnten wieder geöffnet werden. Die komplexe internationale Sicherheitslage mit sich überlappenden Konfliktdynamiken erfordert es geradezu, konsequent alle Optionen ernsthaft zu prüfen.

Ein entscheidender Baustein liegt in einer regionalen Einbettung unter Berücksichtigung der USA. Statt auf den großen Deal zu setzen, braucht es einen langfristigen, institutionell abgesicherten Prozess. Dazu sind derzeit aber weder die USA noch China bereit. Solange dafür auf Regierungsebene also kaum Raum besteht, können informelle Gesprächsformate Vertrauen schaffen, rote Linien ausloten und spätere Verhandlungen vorbereiten. Europa kann dabei mehr tun, als die Entwicklungen lediglich von der Seitenlinie zu kommentieren. Es sollte

die bereits bestehenden Zugänge strategischer nutzen. Dazu gehören neben den Botschaften von Schweden oder Polen in Pjöngjang auch zivilgesellschaftliche Initiativen.

Europa sollte Lee Jae-myungs Vorschlag als Anlass nehmen, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Denn Frieden auf der koreanischen Halbinsel und Stabilität in Nordostasien bleiben auch für Europa von strategischem Interesse. Natürlich wäre ein *Freeze* kein Frieden und auch keine Lösung der Nuklearfrage. Er könnte aber ein realistischer erster Schritt sein – wenn er als Ausgangspunkt eines Prozesses verstanden wird und nicht als Anerkennung eines neuen nuklearen Normalzustands. Genau das muss die Strategie widerspiegeln: Nordkoreas nukleare Realität ernst nehmen, ohne sie zum politischen Endpunkt werden zu lassen.



Christoph Heuser
Seoul

Dr. Christoph Heuser leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Südkorea. Zuvor leitete er das FES-Büro in Brasilien.

-